

1987 und 2017
Auf den jungen Bürgermeister von einst nahm der Kanzlerkandidat in seiner Bewerbungsrede Ende Januar gerne Bezug – mehr noch: Auf die Erfahrung aus Würselen gründet Martin Schulz seinen Machtanspruch. Er verstehe den Bürger, das habe er gezeigt.

ür müssen wir die Vereine und lokalen Initiativen stärken und sie mit den n finanziellen Mitteln ausstatten. Deutschland ist ein starkes und ein des Land und was die Zivilgesellschaft und die ehrenamtlichen Bürgerinnen und vergangenen Jahr bei der Hilfe für Flüchtlinge geleistet haben, ist eine historische er Menschen in unserem Land.

de wenn man für ein offenes und für ein tolerantes Land eintritt, heißt das auch, mit aller Konsequenz gegen Straftäter vorgeht. Olaf Scholz hat das vor vielen al so zusammen gefasst: „Ich bin liberal, aber nicht doof." Deshalb in klaren Sätzen, schem Klang: Wer in Deutschland straffällig wird und sich nicht an die Regeln hält, die volle Härte deutscher Gesetze und der Sicherheitsbehörden spüren. Für eine ull-Toleranz-Politik mit Augenmaß stehen die SPD-Innenminister in den Ländern wie unsere Sicherheitspolitiker im Bund.

i aller notwendigen Klarheit in dieser Frage ist für mich gleichzeitig genauso wichtig: erden niemals unsere Werte, unsere Freiheit und Demokratie, unsere staatlichkeit und unsere Pluralität aufgeben, egal vor welcher Herausforderung wir Ich sage das sehr bewusst, denn dass ein US-Präsident Mauern hochziehen will, er Folter nachdenkt und Frauen, Religionsgemeinschaften, Minderheiten, Menschen mit Beeinträchtigungen, Künstler und Intellektuelle mit unverschämten und gefährlichen Äußerungen attackiert, das ist ein Tabubruch, der unerträglich ist. Allerdings bin ich sicher, dass nun europäische Politiker, wenn sie nach Washington reisen, der US-Regierung erklären werden, dass das internationale Völkerrecht und die Menschenrechte auch für Donald Trump gelten. Da bin ich sicher! Denn die transatlantische Partnerschaft ist wichtig und muss weiter ein fester Bestandteil für Europa und für Deutschland sein.

Jetzt sagen manche: „Der Schulz ist ein Europapolitiker. Der hat doch gar keine Ahnung von den deutschen Themen."

Liebe Freunde, an der Stelle bin ich ganz gelassen: Wenn man 11 Jahre Bürgermeister in einer Stadt mit 40.000 Einwohnern war, dann weiß man, was beim Arbeitsamt, bei der Polizei, beim Jugend- und Sozialamt, in den Schulen und Altenheimen, bei den Mittelständlern und kleinen Ladenbesitzern, im Sportclub, der lokalen Kulturszene und bei der Feuerwehr los ist. Denn jedes Problem landet am Ende in den Rathäusern und Gemeindevertretungen, also auf der kommunalen Ebene und deshalb empfinde ich manche Einlassung gegen mich, als eine Beleidigung gegen die zig-tausenden Menschen, die sich auf kommunaler Ebene engagieren und dort großartige Arbeit leisten und die es eigentlich sind, die den Alltag in unserem Staat organisieren.

Viele Menschen in Deutschland leben nämlich in der sogenannten Provinz und ich schäme mich nicht, dass ich aus Würselen komme, einer kleinen Stadt in Nordrhein-Westfalen.

Und ein zweites ist mir wichtig: Ja, ich weiß, was in Europa los ist, kenne die Stärken und die Schwächen der EU und habe viele Kontakte auf unserem Kontinent. Weil ich das weiß, sage ich voller Überzeugung: Ein funktionierendes Europa ist im vitalen Interesse von Deutschland und ein Deutschland, dem es gut geht, ist im Interesse von Europa. Der Versuch also, Europapolitik gegen deutsche Politik zu schieben, so zu tun, als müsste man deutsche Interessen gegen „die da" in Brüssel verteidigen, ist eine plumpe und eine dumme Rhetorik. Europapolitik ist deutsche Innenpolitik und deutsche Innenpolitik wirkt in Europa. Wer das gegeneinander stellen will, versündigt sich an den Zukunftschancen unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen!

Mit mir wird es kein Europa-*Bashing* geben und deshalb empfinde ich es als Kompliment, dass mir Europakompetenz attestiert wird, denn die braucht man dringend, wenn man ins Kanzleramt einziehen will! Als Bundeskanzler werde ich daran mitwirken, dass dieses Europa besser, effizienter und bürgernäher wird.

5

Die Akte Würselen

MARTIN SCHULZ

Kann die SPD-Hoffnung Kanzler? Sein Argument: Ja, weil ich elf Jahre Bürgermeister war. Die Ratsprotokolle von damals lassen daran zweifeln.

Die politische Karriere des Martin Schulz beginnt ziemlich undemokratisch. Zumindest, wenn man unter Demokratie versteht, dass es einen Wettbewerb gibt. „Für die SPD-Fraktion schlug der Stadtverordnete Bernd Thielen den Stadtverordneten Martin Schulz als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters vor. Von den anderen Fraktionen wurde kein Gegenkandidat benannt." Es ist der 31. März des Jahres 1987, 18 Uhr, und so verewigt der Protokollant der Stadt Würselen das Ereignis.

Es sollen elf Jahre folgen, in denen Martin Schulz die Geschicke dieses Städtchens bei Aachen prägen wird. Elf Jahre, die in Ratsprotokollen dokumentiert sind. Man könnte sie lassen, wo sie sind, in staubigen Archiven. Aber Schulz, 61, will im September Bundeskanzler werden, Regierungschef der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt. Er hat nicht nur seine SPD regelrecht euphorisiert, er liegt auch in Umfragen mittlerweile gleichauf mit der ewigen Kanzlerin Angela Merkel. Eine Sensation.

Ein Grund dafür: Jeder spürt, dass Schulz Kanzler werden will. Aber kann dieser Mann – für die meisten Deutschen ein Mann aus Brüssel, der über keinerlei Erfahrung in der Bundespolitik verfügt – auch Kanzler? Hier kommt Würselen ins Spiel.

Das Amt in seiner Heimat ist das wichtigste Argument von Schulz gegen den Vorwurf, das Regieren nur vom Zuschauen zu kennen. Am 29. Januar, bei seiner Antrittsrede als Merkel-Herausforderer, betont er ausdrücklich, immerhin „elf Jahre Bürgermeister in einer Stadt mit knapp 40 000 Einwohnern" gewesen zu sein. Und daraus leitet er nicht weniger als eine Art Generalkompetenz ab: „Denn jedes Problem landet am Ende in den Rathäusern und in den Gemeindevertretungen."

Schulz hat also zur Beschäftigung mit seiner Vergangenheit regelrecht aufgefordert. Sie ist seine Visitenkarte für den Eintritt ins Kanzleramt. Es geht deshalb nicht um verblasste Kumpelgeschichten. Auch nicht um den Spott, dass Bürgermeisterarbeit in der Provinz durchaus bedeutet, um die korrekte Aufstellung von Telefonzellen zu kämpfen oder um den Erhalt einer Postfiliale beim Bundespostminister zu betteln (um beides musste sich Schulz kümmern).

Es geht um das Fundament seiner Bewerbung, festgehalten auf 2156 Seiten Ratsprotokollen, die der WirtschaftsWoche vorliegen. Belege in Schwarz-Weiß, maschinengeschrieben, die Aufschluss geben über jenen Mann, der der neunte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden will.

Die Anfänge

Als Schulz sein Amt antritt, herrschen in Würselen bundesrepublikanisch geordnete Machtverhältnisse, wie man sie sich als Bürgermeister nicht schöner wünschen kann: 23 SPD-Stadträte, 19 von der CDU und 2 von den Grünen. Nur die äußeren Verhältnisse sind alles andere als rosig. Würselen liegt mitten im sogenannten Aachener Revier, über Jahrzehnte wurde hier Steinkohle abgebaut, jetzt machen die Zechen reihenweise dicht. Und während die Landesregierung nur aufs Ruhrgebiet schaut, leidet man in Würselen. „Ich trete heute mein Amt an im Bewusstsein um die schwere wirtschaftliche Situation, in der sich unsere Region und damit auch unsere Stadt befindet", beginnt der damals 31-Jährige seine Antrittsrede.

Versucht man, Schulz an seinen wirtschaftspolitischen Taten zu messen, zeigt sich vor allem eines: die Machtlosigkeit seiner Position. Während seiner gesamten Amtszeit gilt in Nordrhein-Westfalen noch die Form der Gemeindeordnung, wie sie einst von den britischen Besatzern geschaffen worden war. Reformiert wurde sie 1994, aber in Würselen übernahm man die Neuerungen erst nach Schulz' Abgang. Er war vor allem fürs Repräsentative zuständig. Die Verwaltung hingegen führte der Stadtdirektor, entscheiden konnte nur der Rat. Da war Schulz ein Mitglied unter vielen.

Bürgermeister – das macht sich gut in Schulz' Wahlkampfreden. Man sollte aber nicht den Fehler machen, daraus Macher-

Der große Redner *Als Martin Schulz 1987 sein Amt antritt, ist er gerade einmal 31 Jahre alt. Doch er tritt bereits auf, als habe er nie etwas anderes gemacht. Seine Antrittsrede liest sich beinahe so pathetisch wie nun seine Kanzler-Bewerbung.*

Bürgermeister sein heißt endlich, den politischen Willen des Rates in konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Stadtdirektor und der Verwaltung zum Wohle der Bürger umzusetzen.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA

kompetenzen abzuleiten. Jede Dienstreise von Schulz musste der Stadtrat absegnen.

Der Repräsentant

Wie wenig Einfluss ein ehrenamtlicher Bürgermeister wie Schulz tatsächlich hatte, zeigt sich im Mai 1988. Da nimmt Schulz an einer Versammlung der regionalen Wasserwerke teil, der Rat hatte ihn vorher beauftragt, einer Preiserhöhung nicht zuzustimmen. Die Preise werden doch erhöht, auch weil Schulz sich enthält. Im Stadtrat entspinnt sich in der folgenden Sitzung ein heftiger Streit: Durfte Schulz sich enthalten, oder war sein Mandat als Auftrag zur Nein-Stimme zu verstehen? Schulz selbst hat dabei laut Protokoll nichts zu sagen – bis auf Folgendes: „Nach Abschluss der Diskussion ließ Bürgermeister Martin Schulz über die Entscheidung abstimmen.“

Ob Schulz selbst damals den Mangel an Kompetenzen beklagte, ist nicht bekannt. Offensichtlich aber ist: Das Repräsentative, das Überparteiliche, überhaupt das Reden, das liegt ihm. Das zeigt sich schon in seiner Antrittsrede. „Bürgermeister sein heißt, gerecht sein zu jedermann, ohne Ansehen von Personen und politischer Überzeugung. Bürgermeister sein heißt auch, für alle Bürger da zu sein, seien sie Deutscher oder Ausländer, politischer Flüchtling, oder alteingesessen, jung oder alt, arm oder reich.“

Zudem stürzt Schulz sich auf die paar Dinge, die er beeinflussen kann. Er organisiert Besuche in der französischen Partnergemeinde Morlaix und sucht emsig nach neuen Partnerschaften. Schon 1988 wird er fündig, rund 5840 Kilometer entfernt, im afrikanischen Burkina Faso. „Das Partnerschaftskomitee bestätigt den Erhalt Ihres Schreibens vom 6. Juli 1988, mit welchem Sie den Wunsch äußern, Freunde der Bevölkerung von Burkino Faso zu werden“, zitiert Schulz aus einer Antwort der Gemeinde Réo.

Die ganz große Weltgeschichte erreicht das kleine Würselen dann am 15. Januar 1991. Am Morgen haben einige Schüler im Ort eine Demo gegen den Golfkrieg veranstaltet – und Schulz ist offenbar schwer beeindruckt. Wenige Stunden später verliest er in der Ratssitzung sein Fax, adressiert an den „Sehr geehrten Herrn Bundeskanzler“, an Helmut Kohl. Es ist eine Resolution, die fast schon klingt, als stehe Schulz nicht einer Kommune vor, sondern dem Weltsicherheitsrat.

„Der Rat der Stadt Würselen fordert die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Krieg am Golf zu verhindern“, heißt es darin. Und: „Die Bundesregierung soll ihre gesamte Kraft darauf richten, die beteiligten Kriegsparteien, vor allem den Irak und die USA, vom Einsatz von Waffen und Soldaten abzubringen.“ Als Schulz dies verlesen hat, dankt er den Aachener Schülern für ihren Kampf um Frieden. Dann geht er nahtlos über zur Debatte über die Gewerbesteuer.

Auf Würselen selbst warten schließlich noch andere Herausforderungen. Um die

---

Fax an Helmut Kohl *Ist es vermessen, als Oberhaupt einer 40 000-Einwohner-Stadt den Bundeskanzler zur Friedenspolitik und einem Nein gegen den Irakkrieg aufzufordern? Martin Schulz fand im Jahr 1991: Überhaupt nicht!*

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

hiermit übersende ich Ihnen nachstehende Resolution der Stadt Würselen, die einstimmig im Rat beschlossen worden ist:

1.Der Rat der Stadt Würselen fordert die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Krieg am Golf noch zu verhindern.

2.Der Rat der Stadt bittet die Bundesregierung, alle noch möglichen Friedensaktivitäten nachdrücklich zu unterstützen.

3.Die Bundesregierung soll ihre gesamte Kraft darauf richten, die beteiligten Konfliktparteien, vor allem den Irak und die USA, vom Einsatz von Waffen und Soldaten abzubringen."

Bürger gegen Bürgermeister *Die große Vision des Stadtoberen Schulz ist ein neues Freizeitbad für Würselen. Aber viele Einwohner fürchten – zu Recht – ein Millionengrab. Ihre Proteste wischt er rüde beiseite.*

BM Schulz sagte, daß er ein Gespräch mit den Autoren der Gemeindeordnung geführt habe. Beide Autoren verträten die Meinung, daß bei einem Bürgerbegehren ein Kostendeckungsvorschlag erforderlich sei. Die Maßnahme müsse beschrieben werden und die Folgekosten müßten dargestellt werden. Bei diesem Bürgerbegehren werde die Maßnahme beschrieben, die Folgekosten jedoch nicht. Daher wende er sich gegen dieses Bürgerbegehren.

dringend benötigten neuen Jobs zu schaffen, soll ein Gewerbegebiet am Aachener Autobahnkreuz im Osten der Stadt ausgewiesen werden. Dem Rat schwebt hier ein „Technologiezentrum“ oder ein „großflächiger Produktionsbetrieb“ vor. 1988 steigt man in die Planung ein, die zunächst einmal viel Geld kostet. Allein für den Erwerb der Grundstücke und die Bereitstellung werden 1988 gut 14 Millionen Mark fällig. Als Schulz die Stadt verlässt, wird das Gewerbegebiet trotzdem als der erfolgreiche Teil seines Erbes gelten. Vor allem die Idee, es von „Gewerbegebiet Kaninsberg“ in „Aachener Kreuz“ umzubenennen, feiern seine Weggefährten rückblickend als tollen Schachzug. So erst sei es für internationale Investoren als eine Art Dienstleistungsmekka interessant geworden.

Wer vor Ort war, muss diese Argumentation allerdings in Zweifel ziehen. Das einst wichtigste Unternehmen am Standort, der Elektronikkonzern Vobis, logierte schon im benachbarten Aachen, bevor es Anfang der Neunzigerjahre nach Würselen zog. Die restlichen Flächen sind heute von Baumärkten, Küchenstudios, Supermärkten und Schnellrestaurants belegt. Nur die Straßennamen verraten, welche Ambitionen der Bürgermeister Schulz hegte: Von der Monnetstraße kommt man auf den Willy-Brandt-Ring, der etwa zur Adenauerstraße führt.

Seinen heikelsten Beitrag zur Stadtentwicklung Würselens aber leistet der Stadtrat unter dem Vorsitz von Schulz an einem anderen Ort. Als er die Stadt 1998 in Richtung Brüssel verließ, hinterließ er der Stadt einen dreistelligen Millionenberg an Schulden, der in den folgenden Jahren weiter steigen und die Stadt am Ende die Hoheit über ihre eigenen Finanzen kosten sollte. Wichtigster Baustein auf dem Weg dahin: das von Schulz initiierte Spaßbad Aquana.

Vier Jahre befasst sich der Rat mit Kalkulationen und Studien zu dem Projekt, das zwei in die Jahre gekommene Bäder ersetzen soll. Gesucht wird ein Komplex, der für Schulschwimmen ebenso geeignet ist wie für Vereinsrennen oder Familienausflüge – und sich finanziell auch noch trägt. Gesucht wird ein Ding der Unmöglichkeit.

Das Spaßbad

Doch Bürgermeister Schulz meint, liefern zu können. In der Ratssitzung vom 11. Juli 1995 präsentiert sein SPD-Parteifreund Achim Großmann dem Stadtrat einen Vorschlag, der die bisherige Kalkulation von fast 25 Millionen Mark unterbietet. Gestützt auf „realistische Zahlen“, so Großmann, beliefen sich die Kosten nur noch auf „19,5 bis 20 Millionen Mark“. Grüne und CDU glauben das schon damals nicht, sie halten das Projekt für „abenteuerlich“. Am Ende setzt sich Schulz’ Idee knapp durch: mit 19 zu 15 Stimmen. Nicht einmal seine SPD steht geschlossen hinter ihm.

Immer wieder hinterfragen die Ratsherren seine Pläne. Es bildet sich eine Bürgerinitiative, die 4000 Unterschriften für die Sanierung des vorhandenen Freibades sammelt und sogar gegen die Stadt klagt.

Die Stimmung in Würselen droht zu kippen. Bei der Sitzung am 6. Februar 1992 verweist Schulz gar einen Bürger des Saales: Albert Sous, Anführer der Bürgerinitiative, hatte während Schulz’ Vortrag immer wieder „Schnauze“ gerufen.

Da ist von Schulz’ präsidialem Stil nicht mehr viel übrig. Nur mit einem Winkelzug gelingt es ihm, das Projekt durchzudrücken. Den Initiatoren des Bürgerbegehrens ist ein Fehler unterlaufen, wie Schulz im Juni 1996 dem Stadtrat erläutert. „Bei einem Bürgerbegehren ist ein Kostendeckungsvorschlag erforderlich.“ Das aber sei nicht geschehen. Deshalb beantragt Schulz, das Begehren für unzulässig zu erklären. Wieder ist es der Stadtrat, der den Vorschlag des Bürgermeisters letztlich beschließt, doch es ist jetzt offensichtlich, dass hier der informell mächtig gewordene Schulz seine Linie durchdrückt. Aquana kommt. Das Spaßbad gibt es heute noch, es beschert Würselen jährlich einen Millionenverlust.

Schulz hat den Bau rückblickend als schweren Fehler bezeichnet, er hat versucht, die Pleite zum notwendigen Lernprozess zu veredeln. In Würselen aber kippt damit sein guter Ruf: In den verbleibenden anderthalb Jahren packt er nichts Großes mehr an, in den Protokollen sind neben der Einrichtung eines städtischen Internetauftritts nur die Benennung von Straßen im Neubaugebiet oder Änderungen der Zuschüsse für Vereinsjubiläen dokumentiert. Zur nächsten Wahl, bei der sich der Bürgermeister erstmals dem Votum der Bürger hätte stellen müssen, tritt er nicht mehr an.

Die SPD leidet lange unter den letzten Schulz-Jahren. Nach Dekaden verliert sie den Bürgermeister-Posten, alle Direktmandate gehen an die CDU. Von der kommunalen Karriere bleibt: verbrannte Erde. ■

konrad.fischer@wiwo.de, simon book, marc etzold, max haerder, katharina matheis | wirtschaft@wiwo.de